

# Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Ködlich, Bernsdorf, Kösdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Neudorf, Ortmannsdorf, Mülsen St. Nicola, St. Jakob, St. Michael, Stangendorf, Thurm, Niedermülsen, Kubichnappel und Zirschheim

Amtsblatt für das Agl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

55. Jahrgang.

Nr. 32

Veranschlagung Nr. 7.

Mittwoch, den 8. Februar

Telegrammadresse: Tageblatt.

1905.

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonn- und Festtags) nachmittags für den folgenden Tag. Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mark 25 Pfg., durch die Post bezogen 1 M. 50 Pfg. Einzelne Nummern 10 Pfennige. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Zwandauerstraße 397, alle Kaiserlichen Postanstalten, Postboten, sowie die Austräger entgegen. Inserate werden die fünfspaltige Grundzeile mit 10, für auswärtige Inserenten mit 15 Pfennigen berechnet. Im amtlichen Teil kostet die zweispaltige Zeile 30 Pfennige. — Inseraten-Aannahme täglich bis spätestens vormittags 10 Uhr.

## Der Generalstreik im Ruhrgebiet.

### Die Abweisung der Streikenden.

Die die streikenden Bergleute vertretende Siebenerkommission hatte sich telegraphisch an den Bergbauverein mit folgender Anfrage gewendet: „Wir fragen hiermit ganz ergebenst an, ob der Verein für bergbauliche Interessen“ vielleicht geneigt sei, die Siebenerkommission morgen, den 6. d. M. zu empfangen, um über fünf Punkte, welche zur Aufnahme der Arbeit führen würden, zu unterhandeln. Die Siebenerkommission J. A.: Johann Effert, Alt-Essen.“ — Darauf lief von dem Verein folgende Antwort ein:

„In ergebenster Erwidrerung Ihres im Namen der „Siebenerkommission“ an den Bergmeister gerichteten Telegramms vermögen wir nach wie vor in dieser Kommission eine Vertretung der Gesamtschaften nicht zu erblicken. Die Belegschaften haben sowohl bei Beginn des Ausstandes wie auch während desselben sich an die Anweisungen dieser Kommission zu wiederholten Malen nicht gehalten. Somit würden auch jetzt Abmachungen mit der „Siebenerkommission“ jede Garantie der Durchführbarkeit fehlen. Wir können uns deshalb von der von Ihnen im Namen dieser Kommission gewünschten Erörterung irgend welcher praktischen Ergebnisse nicht versprechen. Nochmals weisen wir auf unseren Antrag bei der königlichen Staatsregierung hin, eine eingehende Untersuchung auf allen Gruben des Bezirks zu veranstalten, um festzustellen, inwieweit die behaupteten Missethände tatsächlich vorliegen. Die inzwischen angestellten Untersuchungen haben ergeben, daß die erhobenen Anklagen über angeblich bestehende allgemeine Missethände unbegründet sind, und der Ausstand grundlos begonnen wurde. (???) Wir vertrauen, daß die durch maßlose Agitation in den Arbeitsstätten gemachten Belegschaften des von ihnen begangenen Rechtsbruchs sich bewusst werden und alsbald zur Arbeit zurückkehren. Nach Wiederaufnahme der Arbeit sind unsere Begehren erwidern gern bereit, berechtigten Wünschen ihrer Arbeiter entgegenzukommen.“

Der Bergbauverein verlangt also bedingungslos Wiederaufnahme der Arbeit. Ob die Bergleute dafür zu haben sein werden? Der hochfahrende Ton der Antwort des Bergbauvereins erschwert ihnen das jedenfalls. Die Bergherren glauben offenbar, das Spiel schon gewonnen zu haben. Vielleicht aber täuschen sie sich, selbst wenn die Arbeiter jetzt nachgeben und die Arbeit wieder aufnehmen. Denn die gesetzgeberische Aktion gegen die Missethände im Bergrevier dürfte angesichts dieser intransigenten Haltung der Bergherren von den Volksvertretern erst recht in umfassender Weise ausgestaltet werden.

Die Siebenerkommission hat sich nun auch an den Reichskanzler gewendet, der folgendes antwortete: „Ihr Telegramm habe ich erhalten und danke Ihnen für Ihre Mitteilung. Im allgemeinen Interesse halte ich es für dringend geboten, daß die Arbeit jetzt, wie Sie am Schluß in Aussicht stellen, sogleich wieder aufgenommen wird. Für diesen Fall bin ich auch gern bereit, Vertreter der Arbeiter und der Unternehmer zur weiteren Verhandlung zu empfangen. Reichskanzler Graf Bülow.“

Es besteht also die Geneigtheit seitens der Bergleute, die Arbeit wieder aufzunehmen. Nach einer weiteren Meldung aus Essen verläutet, daß die Siebenerkommission in dieser Woche eine Delegiertenkonferenz nach Essen zwecks Beratung über die Lage des Streiks einberufen werde. In einer am Sonntag abgehaltenen Arbeiter- und Bürgerversammlung, die vom Christlichen Gewerkschaftsverband einberufen war, richtete der Redner,

Arbeitersekretär Giesberts-Rüchler-Bladbach, an die Arbeiter die Aufforderung, einmütig der Parole der Führer zu folgen, wenn diese die Wiederaufnahme der Arbeit beifließen.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

\* Anlässlich des gestrigen Geburtstages der Gräfin v. Bülow erschien der Kaiser vormittags im Reichskanzlerpalais, um der Gräfin persönlich seine Glückwünsche abzustatten.

\* Prinz Karl von Asturien Infant von Spanien, wird heute abend in Berlin eintreffen und vom Kaiser auf dem Bahnhof empfangen werden.

\* Auf neuerliche Einladung des Kaisers reist Fürst Ferdinand von Bulgarien heute nach Berlin zum offiziellen Besuche ab.

\* Der Nachtragset für Südwestafrika wurde gestern vom Reichstage in 3. Lesung angenommen. Sodann wurde über folgende Interpellation verhandelt: Welche Stellung nimmt der Herr Reichskanzler ein gegenüber der im preussischen Abgeordnetenhaus beantragten und von Vertretern der königl. preuß. Staatsregierung gestützten Einführung von Gebühren auf den natürlichen Binnenschiffahrtsstraßen? Staatssekretär Graf Potjomsky beantwortete die Interpellation in sehr gewundener Erklärung.

\* Die Opposition gegen die neuen Handelsverträge beginnt sich zu rühren. So sprach eine in Berlin abgehaltene Versammlung des Verbandes der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten in einer Resolution ihre Bedauern darüber aus, daß die Regierung bei der einseitigen Begünstigung der agrarischen Interessen zum Abschluß von Handelsverträgen gekommen ist, welche für die Industrie Deutschlands eine wesentliche Verschlechterung der seitherigen Verhältnisse zur Folge haben müssen. Insbesondere werde die deutsche Schuhindustrie, welche ohnehin seit längerer Zeit unter einem schweren Druck leidet, durch die getroffenen Abmachungen stark geschädigt, weil die Ausfuhr bedeutend erschwert wird, während die im Vertragswege erreichten Eingangszölle sich völlig unzureichend gestaltet und gegenüber dem Zolltarif ganz enorme Herabsetzung erfahren haben. Ähnliche Protestverammlungen sollen auch von anderen Industriezweigen in Aussicht genommen sein.

\* Im preussischen Abgeordnetenhaus wurde bei der Beratung der Kanalvorlage die Einführung des staatlichen Schlepplimonopols auf dem Rhein-Hannover-Kanal mit großer Majorität genehmigt.

\* Die preussischen Staatsbehörden haben im Einvernehmen mit den russischen Behörden Vorkehrungen getroffen gegen das Uebergreifen der Unruhen in Polen auf das oberschlesische Industriegebiet. Man schätzt die Zahl der im Sosnowicer Bezirk unmittelbar an der preussischen Grenze versammelten bewaffneten Arbeiter auf mindestens 50 000.

\* Der Gothaer Landtag ist auf den 9. Febr. einberufen worden. Gegenstand der Beschlußfassung ist eine neue Domänenvorlage.

\* General v. Trotha berichtet aus Südwestafrika über zwei Befehle mit den Gottentotten, die unsere Truppen bei Gochas und Hoachanas angriffen. Der Feind wurde zurückgeschlagen.

\* Anton Graf zu Stolberg-Wernigerode, Majoratsbesitzer auf Peterswaldau, Kreis Reichenbach (Schlesien), erbliches Mitglied des Herrenhauses, ist gestorben.

\* Dem Pfarrer Fischer von St. Markus in Berlin, der bekanntlich vom Konsistorium der Provinz Brandenburg gemahregelt worden ist, wurde durch eine Deputation eine von 45 kirchlich-liberalen Mitgliedern des Gemeindefürsorgeausschusses und der Gemeindevertretung unterzeichnete Zustimmungsbefehle überreicht.

### Ungarn.

\* Die Ministerkrise in Ungarn ist noch nicht beendet. Die Mission des Grafen Julius Andrássy, der vom Kaiser Franz Joseph mit der Bildung des Kabinetts betraut wurde, gut in Wiener politischen Kreisen so gut wie gescheitert. — Die sozialdemokratische Partei veranstaltete in Budapest ein von 15.000 Personen besuchtes Meeting, welches gegen die Unabhängigkeitspartei protestierte, weil diese bei den Wahlen durch das Versprechen des allgemeinen Wahlrechts die Menge irre geführt habe. Sodann wurde eine Sympathiekundgebung für die russischen Arbeiter veranstaltet und in einer Resolution der russischen Staatsgewalt die Verachtung ausgesprochen. Der Beschluß wurde trotz Protestes der behördlichen Vertreter ausgesprochen; unter Abführung der Parzellaire wurde dann ein Demonstrationsszug veranstaltet. Die Polizei schritt nicht ein.

## Die Unruhen in Rußland.

### Die Geistlichkeit an der Arbeit.

Der Metropolit Antonin in Petersburg, der am 25. Januar eine Deputation der Arbeiter der Putilow Werke empfangen hatte, hielt am Sonntag in der Kirche auf den Putilow Werken einen Bittgottesdienst ab. Vor dem Gebet hielt er eine Ansprache an die Arbeiter und empfahl ihnen, sich ruhig und von den Auführern fern zu halten.

### Die Bewegung in Adelskreisen

Die Sitzungen des Adels in Kursk waren reich an Zwischenfällen. Als sich nach Beratung des Entwurfs einer an den Kaiser zu richtenden Adresse der Vertreter der liberalen Minderheit, Chirkoff, weigerte, die Adresse zu unterzeichnen, wurde die betr. Sitzung unter großem Lärm aufgehoben. Mitglieder des Adels verlangten, daß Chirkoff sich entferne. Alle Versuche der Redner, eine Debatte herbeizuführen, scheiterten. — In Jaroslaw beschloß der Adel, eine Adresse an den Kaiser zu richten, mit der Bitte, freigewählte Vertreter zur Beratung des Manifestes vom 25. Dezember zusammenzuberaufen.

### Wieder ein Attentat.

Ein Mann in Offiziers-Uniform verübte gestern auf den Senats-Prokurator Johnson in Helsingfors (Finnland) in dessen Wohnung ein Revolverattentat. Johnson war augenblicklich tot, sein Sohn wurde verwundet. Der Täter gibt an, Alexander Gadd zu heißen.

## Vertikales.

### Lichtenstein, 7. Februar.

\* König Friedrich August empfing in Dresden eine Abordnung des Gesamtverbandes des Erzgebirgsvereins unter Führung des Vorsitzenden Seminaroberlehrers Mödel-Schneeberg.

\* Der deutsche Kronprinz hat die ihm angebotene Ehrenmitgliedschaft des königlich sächsischen Militärvereins sächsische Grenadiere zu Dresden angenommen, worüber das nachfolgende Schreiben von dem betr. Hofmarschallamt an den Verein eingegangen ist: „Se. Kaiserliche und Königl. Hoheit der Kronprinz des Deutschen Reiches und von Preußen haben mich beauftragt, dem königlich sächsischen Militärverein „Sächsische Grenadiere“ für die Ernennung höchstseiner Person zum Ehrenmitgliede des Vereins seinen verbindlichsten Dank zu übermitteln und dem Verein hierbei mitzuteilen, daß es ihm eine große Freude und hohe Auszeichnung sei, zu den Vereinsangehörigen zu zählen. Se. Kaiserliche und Königl. Hoheit schätzen diese Zugehörigkeit zum Militärverein „Sächsische Grenadiere“ um so wertvoller, als es ihm durch die Gnade Sr. Majestät des Königs von Sachsen vergönnt ist, als Offizier à la suite des königlich sächsischen 2. Grenadier-Regiments Nr. 101 „Kaiser Wilhelm, König von Preußen“ die Uniform der sächsischen Grenadiere zu tragen. Im höchsten Auftrage: v. Trotha.“

ins Rührer.

u,

omifer.

oust

ange man

alog 1905 über  
Gemüse-Samen,  
Rosen, Kartoffel-  
eise dieses Jahr

erseim's  
tnerien, Hof-  
en, Erfurt.

rtiment Blumen-  
tend 10 Pakete  
Reseda, Nelken,  
koben, Vergiss-  
salsaminen, Rie-  
lumen, Löwen-  
nen, Stiefmütter-  
ganze

ment mit 20  
n M. 2.—

rtiment Gemüse-  
altend 10 Pakete  
n Blumenkohl,  
Rotkraut, Kohl-  
ng, Rosenkohl,  
s, Rettig, Möhren,

e Samen-  
ment mit 20 Pa-  
M. 2.—

ser lieber

er

nen.

ags 2 Uhr

im Heim-

nk.

ffner.

lchtenstein.